

Roberto Heinrich
Ergebnisbericht

Demokratiereport Bayern 2024

Für den bayerischen Landtag

Impressum

© 2024 infratest dimap
Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung mbH
Alt-Moabit 96a
10559 Berlin
www.infratest-dimap.de
indi@infratest-dimap.de
x.com/infratedimap
de.linkedin.com/company/infratest-dimap.de

Redaktionelle Mitarbeit

Anja Simon, Martina Haider, Joshua Meszar, Béla Maywald, Elisabeth Baier, Elisa Mannes

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen	1
Haltungen zur Demokratie	2
Institutionenvertrauen	4
Wahrgenommene Demokratiegefährdungen.....	5
Akzeptanz von Beteiligungs-, Protestformen und politischer Gewalt.....	6
Bewertung direktdemokratischer kommunaler Arrangements	8
Politische Mediennutzung.....	8
Folgen neuer digitaler Medienangebote	10
Sicht auf traditionelle Medienangebote.....	11
Subjektive Meinungsfreiheit und öffentliche Debattenkultur	12
Fazit.....	13

Vorbemerkungen

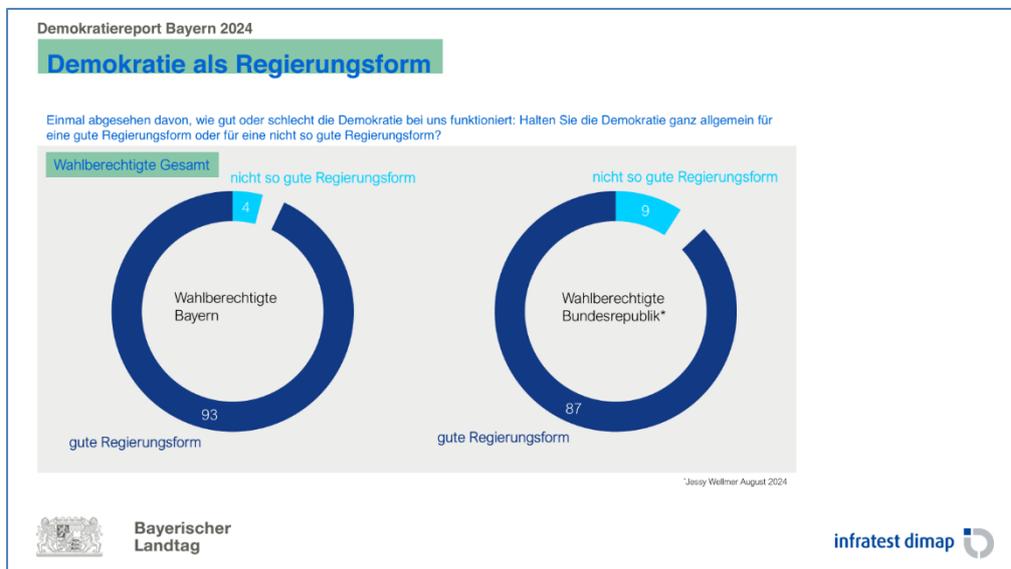
Politik und Demokratie sehen sich seit Beginn der 2020er Jahre mit vielfältigen und komplexen Herausforderungen konfrontiert. Die Rede ist von Poly-Krisen. Ein Begriff, der zeitlich parallel auftretende negative Entwicklungen abzubilden versucht, angefangen vom Klimawandel und Migrationsbewegungen, der Covid-19-Pandemie, der demografischen Entwicklung, wirtschaftlichen Instabilitäten, technologischen Umbrüchen bis hin zu geo- und sicherheitspolitischen Spannungen. Damit scheint ein Poly-Krisenmanagement auch zu einer Art Daueraufgabe für die Politik geworden zu sein. Potenzielle Folgen werden nicht nur für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Tagespolitik gesehen. Verschiedene Krisendiagnosen sehen auch die Loyalitäten der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den demokratischen Verhältnissen insgesamt, bestehenden Strukturen, Institutionen und Prozessen sowie der mit ihnen verbundenen Prinzipien und Normen unter Druck.

Der Demokratierport Bayern widmet sich vor diesem Hintergrund gezielt dem Verhältnis von Bürgern und Demokratie im Freistaat. Dabei stehen unter anderem folgende Fragen im Vordergrund: Wie steht es um die Unterstützung der Bevölkerung für die Demokratie in den aktuell krisenhaften Zeiten? Welche Gefährdungen sehen die Bürgerinnen und Bürger? Welche Akzeptanz finden partizipative Protestformen zur Durchsetzung politischer Forderungen in Krisenzeiten? Wie werden bestehende institutionelle Ergänzungen und Weiterungen der repräsentativen Demokratie bewertet? Wie wird die Qualität der Debattenkultur in den aktuell herausfordernden und damit vielfach auch konflikthafteren Zeiten eingeschätzt? Der Demokratierport Bayern nimmt darüber hinaus mögliche Veränderungen in der politischen Meinungsbildung genauer unter die Lupe, die sich aus einem technologisch getriebenen Medienwandel ergeben. Von Interesse ist dabei, über welche Kanäle sich Bürgerinnen und Bürger heutzutage über politische Themen informieren und welche Folgen die Digitalisierung der medialen Kommunikation mit sich bringt.

Der Demokratierport Bayern versucht, auf diese und andere Fragen Antwort zu geben. Die Datengrundlage hierfür liefert eine Bevölkerungsbefragung in Bayern unter 1.012 Wahlberechtigten, die infratest dimap im Freistaat im Auftrag des Bayerischen Landtages vom 09. September bis 01. Oktober 2024 telefonisch und online durchgeführt hat. Die Auswahl der Zielpersonen basierte auf Zufallsstichproben. Für die telefonische Erhebung kam das Random-digit-dialing-Verfahren zum Einsatz, bei der Auswahl der Zielpersonen im Haushalt der Schwedenschlüssel. Für die Online-Befragung wurde aus einem Online-Panel eine geschichtete Zufallsstichprobe gezogen. Diese Vorgehensweise gewährleistet eine Verallgemeinerbarkeit der ermittelten Ergebnisse auf die Gesamtheit der Wahlberechtigten in Bayern. Der vorliegende Report stellt Kernbefunde der repräsentativen Befragung vor.

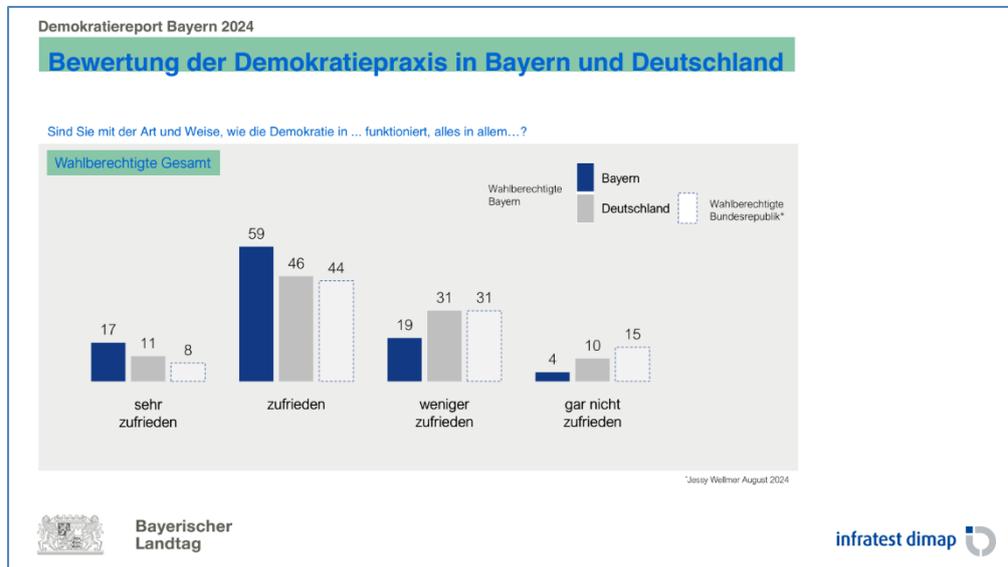
Haltungen zur Demokratie

Gerade demokratische Gesellschaften sind in besonderer Weise auf die Unterstützung ihrer Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Angesichts aktuell vielfältiger krisenhafter Entwicklungen und Herausforderungen steht die Frage im Raum, inwiefern das aktuelle Verhältnis von Bevölkerung und Demokratie Erosionsstellen zeigt, brüchig geworden ist oder vielleicht bereits sichtbare Beschädigungen aufweist.



Der Blick auf zentrale Indikatoren zur Messung demokratischer Einstellungen liefert im Freistaat keine Hinweise dafür, dass sich die Bürger grundsätzlich von der Demokratie wegbewegen oder abwenden würden. Im Gegenteil. In Bayern findet sich kaum jemand, für den es unbedeutend ist, in einem demokratischen Land zu leben: Demokratisch regiert zu werden, ist 83 Prozent der Wahlberechtigten in Bayern sehr wichtig, weiteren 13 Prozent wichtig. Dem entspricht, dass sich zugleich nur sehr wenige im Freistaat finden, die die Demokratie als Staatsidee grundsätzlich ablehnen. Gut neun von zehn Bürgerinnen und Bürgern (93 Prozent) in Bayern bezeichnen sie als gute, lediglich 4 Prozent als weniger

gute Regierungsform. Damit fällt das Urteil im Freistaat zugleich etwas besser aus als im bundesdeutschen Schnitt.

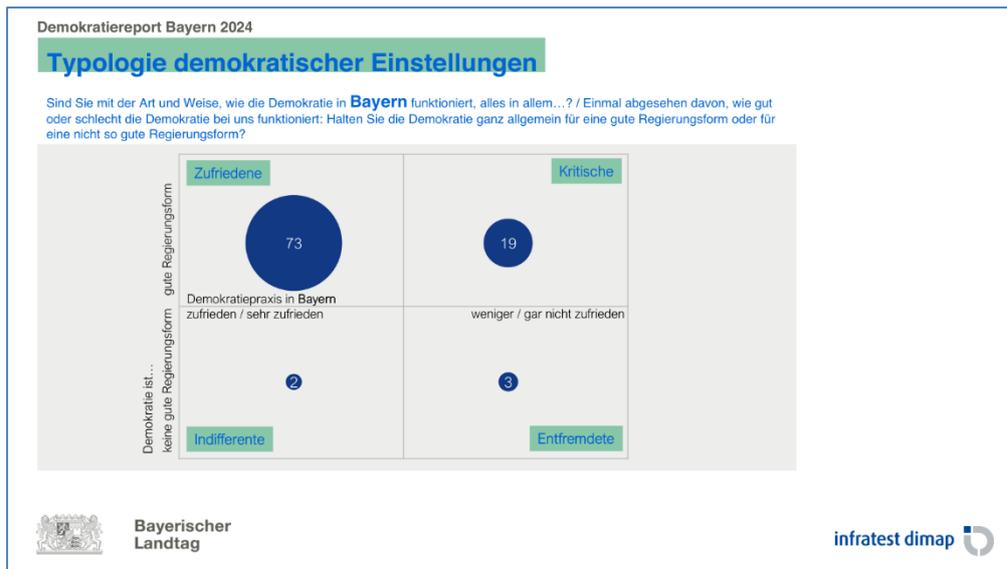


Eine hohe Unterstützung für die Regierungsform Demokratie bedeutet nicht, dass die gelebte demokratische Praxis gleichermaßen und durchgehend wohlwollend bewertet wird. Dennoch überwiegt im Freistaat ebenfalls ein positives Urteil gegenüber der demokratischen Wirklichkeit. Dabei wissen die bayerischen Wahlberechtigten zwischen den staatlich-föderalen Ebenen sichtbar zu differenzieren. So überzeugt das Funktionieren der Demokratie im Freistaat drei von vier bayerischen Wahlberechtigten (76 Prozent). Nur knapp jeder Vierte (23 Prozent) äußert sich zur demokratischen Alltagspraxis in Bayern skeptisch. Der gegenwärtige Zustand der Demokratie im Bund überzeugt die Bayern im Vergleich hierzu weniger. Zwar äußern sich auch hierzu in Bayern mehr Bürgerinnen und Bürger positiv als negativ, auch fällt ihr Urteil besser aus als zuletzt unter den bundesdeutschen Wahlberechtigten insgesamt. Immerhin vier von zehn in Bayern (41 Prozent) blicken jedoch kritisch auf die momentane Demokratiepraxis im Bund.

Die Kombination aus der generellen Haltung zur Demokratie und der Bewertung ihrer praktischen Umsetzung im politischen Alltag erlaubt die Bildung einer einfachen Typologie mit vier Einstellungstypen: zufriedenen Demokraten, kritischen Demokraten, Entfremdeten und Gleichgültigen. Zufriedene und kritische Demokraten wertschätzen die Demokratie als Regierungsform, unterscheiden sich jedoch im Urteil zum konkreten Zustand der Demokratie. Entfremdete und Gleichgültige eint wiederum die grundsätzlich kritische Haltung zur Demokratie als Staatsform, wobei erstere mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind, letztere dagegen wohlwollend urteilen. Aufgrund der hohen prinzipiellen Unterstützung für den Systemtyp Demokratie treten bei der Vermessung demokratischer Einstellungen in der Bundesrepublik mit den zufriedenen und den kritischen Demokraten regelmäßig nur zwei der vier Einstellungstypen in wirklich relevanter Größe hervor. Wählt man einen rein landespolitischen Bezugsrahmen, der die wahrgenommene Praxis der bayerischen Demokratie berücksichtigt, machen erstere 73 Prozent der Wahlberechtigten, letztere etwa jeden fünften Wahlberechtigten (19 Prozent) aus.¹ In ihrer

¹ Unter Berücksichtigung der Bewertung der Demokratie-Praxis im Bund verändert sich die Relation zwischen zufriedenen und kritischen Demokraten auch in Bayern erkennbar. Der Anteil der zufriedenen Demokraten sinkt im Freistaat dann auf 56 Prozent, der der kritischen Demokraten steigt auf 36 Prozent. Ähnliche Verteilungen finden sich mit 55 bzw. 37 Prozent auch

soziodemografischen Zusammensetzung unterscheiden sich beide Gruppen hinsichtlich des Geschlechts, des Alters und der Stadt-Land-Herkunft nur unwesentlich. Allerdings gibt es einen deutlicheren Bildungseffekt. Wahlberechtigte mit Gymnasialabschluss sind unter den zufriedenen Demokraten fast eineinhalb Mal häufiger anzutreffen als unter den kritischen. Umgekehrt prägen Personen mit Hauptschulabschluss die kritischen Bürger wesentlich stärker als die zufriedenen Demokraten.



Institutionenvertrauen

Die grundsätzlich hohe Zufriedenheit mit dem gegenwärtigen Funktionieren der Demokratie in Bayern legt nahe, dass die Bürgerinnen und Bürger auch konstituierenden Kerninstitutionen im Freistaat sichtbares Vertrauen entgegenbringen. Diese Erwartung bestätigt sich für das Gros der abgefragten Einrichtungen, insbesondere aber für regulative, neutrale und unpolitische Institutionen. So binden auch in Bayern die Polizei (87 Prozent), kommunale Stadt- und Gemeindeverwaltungen (72 Prozent) sowie die Justiz (69 Prozent) jeweils überdurchschnittlich hohes Vertrauen. Diesen großen Vertrauensrückhalt erreichen wie andernorts auch im Freistaat politische, repräsentative und parteienstaatliche Akteure nicht. Positiv setzt sich allerdings in dieser Institutionengruppe das Landesparlament ab. Der bayerische Landtag gilt mit 60 Prozent ebenfalls einer Mehrheit als vertrauenswürdig. Die Landes- bzw. Staatsregierung kann auf das Vertrauen jedes zweiten Bayern (50 Prozent) setzen. Den politischen Parteien wird mit 34 Prozent dagegen auch in Bayern deutlich weniger Vertrauen entgegengebracht, sechs von zehn (61 Prozent) schätzen deren Vertrauenswürdigkeit als gering ein.

Die institutionellen Vertrauensniveaus unterscheiden sich deutlich zwischen zufriedenen und kritischen Demokraten. Erstere bringen erwartungsgemäß den einzelnen Institutionen in Bayern wesentlich mehr Vertrauen entgegen als letztere. Die Unzufriedenheit der kritischen Demokraten sitzt dabei tief, sie setzt bereits bei den regulativen Institutionen ein, ein deutliches Vertrauensplus hat bei ihnen allein die Polizei. Demgegenüber ist das entsprechende Vertrauen der Zufriedenen sehr breit angelegt und schließt fast alle abgefragten Institutionen ein. Allerdings betrachten auch sie die Gruppe der Parteien mehrheitlich eher misstrauisch. Dies verweist auf mögliche Enttäuschungsreaktionen und

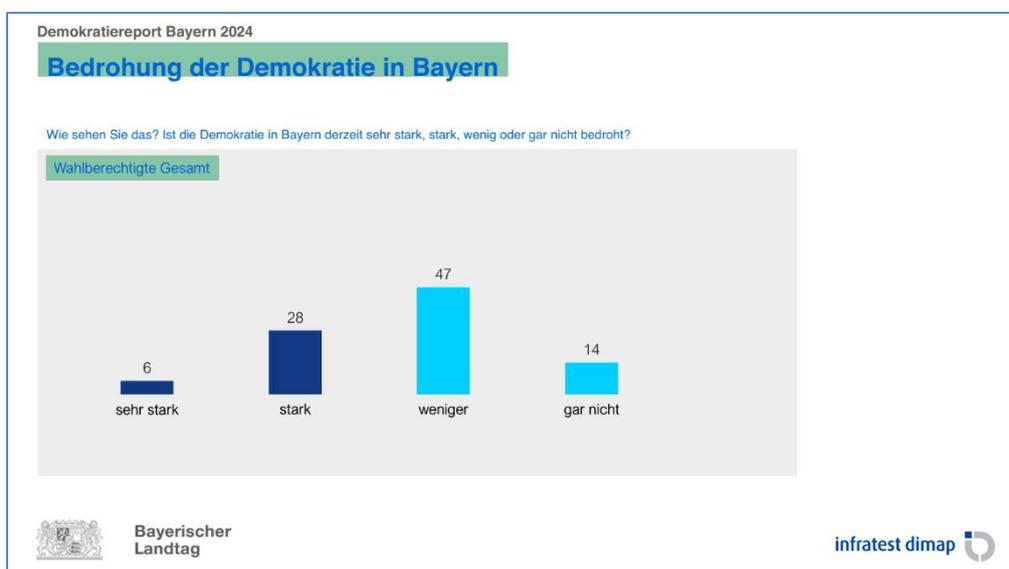
in Westdeutschland. In Ostdeutschland dagegen haben die kritischen Demokraten mit 46 Prozent ein weitaus größeres Gewicht und übertreffen sogar den Anteil der Zufriedenen (42 Prozent), wenn auch knapp.

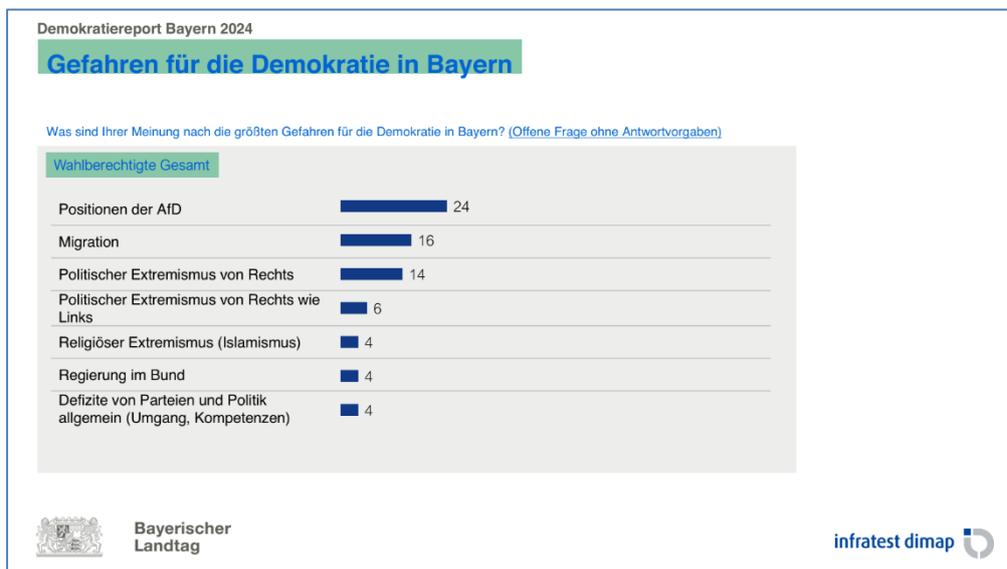
Defizituweisungen selbst bei den zufriedenen Bürgern, aber auch darauf, dass Parteien als dominierende politische Akteure einfach als zentrale Adressaten für Kritik in der parlamentarischen Demokratie fungieren und zugleich das Gesamtparteienspektrum naturgemäß nicht gleichermaßen Akzeptanz finden kann, sondern „parteiisch“ beurteilt wird.



Wahrgenommene Demokratiegefährdungen

Der Blick auf die Demokratie-Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in Bayern liefert kaum Anhaltspunkte dafür, dass die verschiedenen aktuellen Herausforderungen das Vertrauen in die bestehende politische Ordnung grundlegend erschüttern würden. Nicht im Widerspruch hierzu steht, dass akute bestandsgefährdende Entwicklungen für die Demokratie in Bayern auch von der Mehrheit der bayerischen Wahlberechtigten selbst nicht ausgemacht werden. So sieht zwar jeder dritte Bayer (34 Prozent) die Demokratie im Freistaat sehr stark bzw. stark bedroht, sechs von zehn (61 Prozent) teilen diese Gefahren-Diagnose jedoch nicht.





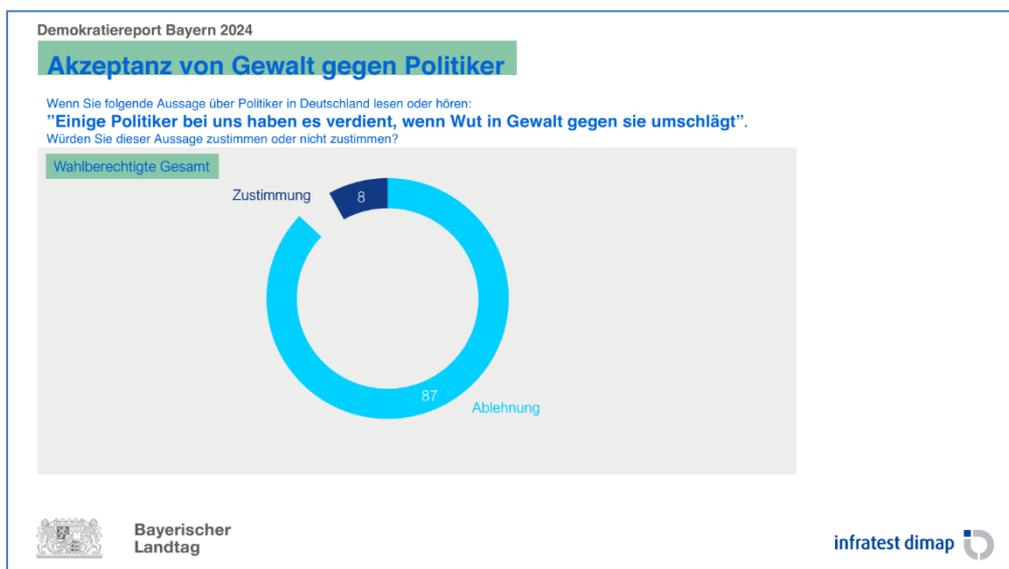
Dieser alles anderen als alarmierenden Einschätzung der Bayern entspricht, dass es gegenwärtig zumindest kein politisches Einzelphänomen gibt, das eine Mehrheit der Wahlberechtigten als Bedrohung für die Demokratie im Freistaat wahrnimmt. Die offene, ohne Antwortvorgabe gestellte Frage nach den aktuell größten Gefährdungen für die Demokratie, in Bayern liefert stattdessen eine große Bandbreite ganz verschiedener Gefahren. Unter den ungestützten Antworten ragen etwas stärker heraus die AfD, die von jedem Vierten (24 Prozent) als demokratiegefährdend angesehen wird sowie die Migration, die jeder Sechste (16 Prozent) thematisiert. 14 Prozent in Bayern sehen ganz allgemein in politischem Extremismus von Rechts eine bedeutsame Gefährdungsquelle, 6 Prozent generell in politischem Extremismus von Rechts wie Links, 4 Prozent in religiös motiviertem Extremismus. Ebenfalls jeweils 4 Prozent machen im politischen Kurs der Bundesregierung bzw. in allgemeinen Defiziten des Parteiensystems Demokratiegefährdungen aus

Akzeptanz von Beteiligungs-, Protestformen und politischer Gewalt

Dass sich demokratische Entscheidungen an bestehenden Interessen, Einstellungen und Meinungen in der Bevölkerung orientieren können, setzt voraus, dass sich Bürgerinnen und Bürger politisch beteiligen und eigene Meinungen und Interessen auch selbst artikulieren. Zu den klassischen und konventionellen Beteiligungsformen innerhalb etablierter institutioneller Rahmensetzungen wie der Teilnahme an Wahlen, dem Engagement in Parteien oder der Übernahme von politischen Ämtern sind in den vergangenen Jahrzehnten eine Reihe weiterer Beteiligungsformen hinzugetreten, die weniger formal angelegt, spontan und lose organisiert sind und häufig einen symbolischen und vor allem einen ausgeprägten Protestcharakter haben. Beispielhaft hierfür stehen aus jüngerer Zeit die öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Klimabewegung „Fridays for Future“ oder auch Teile der Bauernproteste aus dem Jahr 2023/24.



Gleichwohl der Stellenwert von nicht-konventionellen Partizipationsformen über die Jahre gewachsen ist, bleibt die Akzeptanz von Protestformen, zumal wenn sie sich außerhalb des rechtlichen Rahmens bewegen, auch im Freistaat sichtbar begrenzt. Die Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen hält gerade ein gutes Viertel der bayerischen Wahlberechtigten (27 Prozent) für gerechtfertigt, die Besetzung von Fabriken, Industrieanlagen oder Ämtern nur jeder Sechste (16 Prozent), die Blockade von Straßen und Verkehr sogar lediglich jeder Achte (13 Prozent). Deutlich fällt bei den Bürgerinnen und Bürgern im Freistaat die Ablehnung von politischer Gewalt aus. Gewalt sowohl gegenüber Sachen (96 Prozent) wie gegenüber Personen (95 Prozent), auch speziell gegenüber Einsatzkräften von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften (98 Prozent) werden faktisch geschlossen abgelehnt.

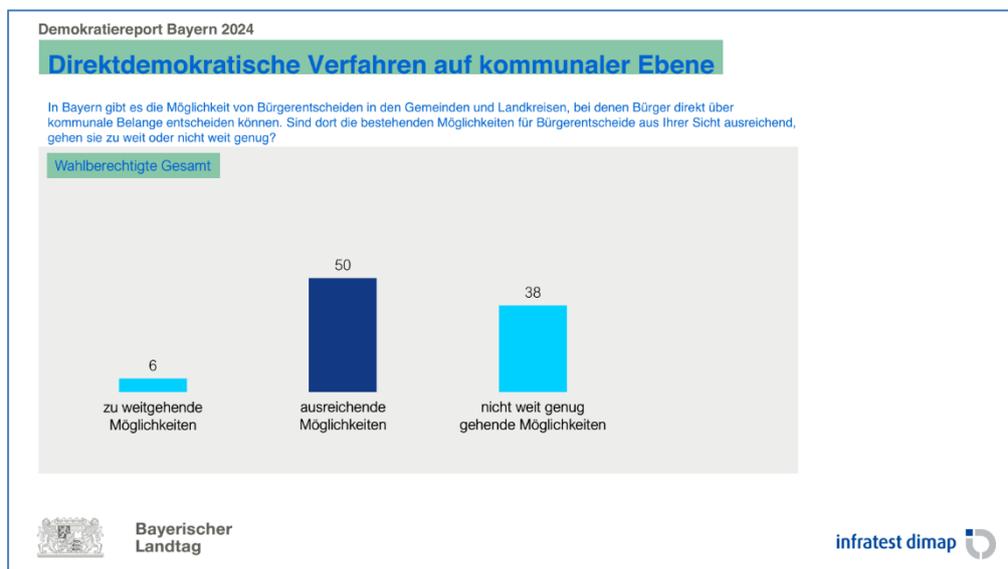


Verständnis für Gewalt gegenüber Politiker äußert zwar nur eine kleine Gruppe, dennoch kann der Anteil besorgt stimmen: So unterstützen immerhin 8 Prozent in Bayern die Aussage, dass einzelne Politiker es verdient hätten, wenn Wut in Gewalt gegen sie

umschlägt. Obwohl Rechtsnormen überschreitende Protestformen darauf ausgerichtet sind, Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen bis hin zu Widerspruch gegenüber dem Status quo auszudrücken, wird ihre Legitimität in Bayern auch von den kritischen Demokraten weitgehend ähnlich in Frage gestellt wie von den zufriedenen Demokraten. Ebenso eint beide Einstellungsgruppen, dass sie politische Gewalt jeweils eindeutig zurückweisen.

Bewertung direktdemokratischer kommunaler Arrangements

Im Unterschied zur Bundesebene, wo Volksabstimmungen grundgesetzlich auf die Neugliederung des Bundesgebietes und der Annahme einer neuen Verfassung begrenzt sind, bieten die Verfassungen der Bundesländer, darunter auch die bayerische Landesverfassung, den Bürgerinnen und Bürgern weitergehende Möglichkeiten für Sachabstimmungen mittels Volksbegehren und Volksabstimmungen. Seit Mitte der 1990er Jahre existieren in Bayern mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden zudem auch auf kommunaler Ebene institutionalisierte direktdemokratische Verfahren.

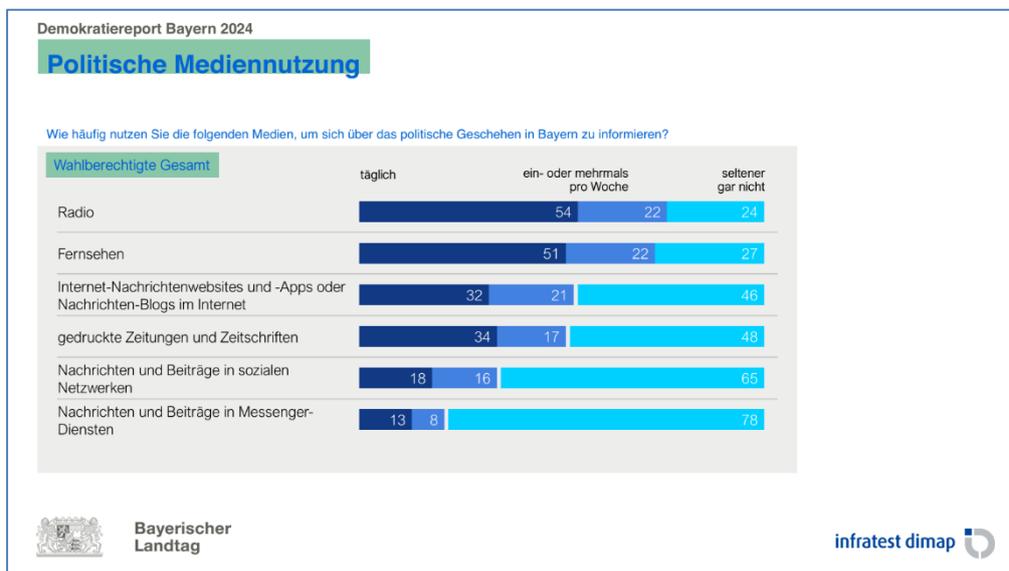


Deren Akzeptanz ist groß, einen Rückbau fordert so gut wie niemand im Bundesland (6 Prozent). Für jeden zweiten Bayern (50 Prozent) sind die entsprechenden Beteiligungsmöglichkeiten ausreichend. Immerhin knapp vier von zehn (38 Prozent) wünschen sich sogar eine Ausdehnung der kommunalen Teilnahmeverfahren, ihnen gehen diese Möglichkeiten nicht weit genug. Die Perspektiven auf direktdemokratische kommunale Arrangements in Bayern laufen zwischen zufriedenen und kritischen Demokraten deutlich auseinander. Erstere bewerten die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten positiv (61 Prozent). Dagegen beurteilen die kritischen Demokraten deren Umfang mehrheitlich als nicht ausreichend (64 Prozent). Offensichtlich bestehen gerade bei ihnen ausgeprägte Partizipationserwartungen und Sympathien für generell erweiterte Teilnahmemöglichkeiten. Ein Hinweis auch für potenzielle Strategien, um das Vertrauen kritisch eingestellter Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Demokratie zurückzugewinnen und gegebenenfalls auch stärken zu können.

Politische Mediennutzung

Um eigene Meinungen, Einstellungen, Ansichten und Interessen über Wahlen, aber auch verschiedene andere Teilnahmeformen ausdrücken zu können, müssen Bürgerinnen und

Bürger diese zuvor frei bilden. Hierbei kommt neben dem kommunikativen Austausch der Wahlberechtigten untereinander der massenmedialen politischen Kommunikation und den über sie transportierten Informationen eine Schlüsselrolle zu. Die Rahmenbedingungen, unter denen sich öffentliche Meinung bildet, politische Informationen erworben und ausgetauscht werden, haben sich durch technologische Entwicklungen in den vergangenen knapp zwei Jahrzehnten massiv verändert. Dies zeigt sich auch im Freistaat unmittelbar an der Mediennutzung der Bürgerinnen und Bürger. Zwar ragen in deren politischen Informationsbeschaffung klassische elektronische Trägermedien wie Radio und Fernsehen immer noch heraus. Ist jedoch schon für die bayerische Gesamtbevölkerung die Bedeutung digitaler Kanäle unverkennbar, nehmen digitale Angebote für die jüngere Generation bereits eine zentrale Rolle ein.



Um sich über das politische Geschehen im Freistaat zu informieren, nutzt etwa die Hälfte der bayerischen Wahlberechtigten nach eigenen Angaben Radio (54 Prozent) und Fernsehen (51 Prozent) täglich. Dahinter folgen gedruckte Zeitungen und Zeitschriften (34 Prozent) und inzwischen auch Internet-Nachrichtenwebsites (32 Prozent), die jeweils etwa von jedem Dritten im Freistaat täglich gelesen bzw. aufgesucht werden. Der berichtete Zugriff auf Nachrichten und Beiträge in sozialen Netzwerken oder auch Messenger-Diensten steht im Vergleich hierzu zurück, genießt mittlerweile aber auch im politischen Kommunikationsverhalten der Gesamtbevölkerung einen sichtbaren Stellenwert. So nutzt nach eigenen Angaben immerhin bereits jeder sechste bayerische Wahlberechtigte (18 Prozent) täglich Nachrichten und Beiträge in sozialen Netzwerken wie Youtube, Facebook, X, Instagram oder Tiktok zu Zwecken politischer Kommunikation. Jeder Achte (13 Prozent) nimmt hierfür entsprechende Angebote in Messenger-Diensten wie WhatsApp oder Telegram wahr.

Der Blick auf das Nutzungsverhalten verschiedener Altersgruppen liefert Hinweise auf eine massive Umwälzung in der politischen Meinungsbildung zwischen den Generationen. So haben Social Media-Angebote in der täglichen politischen Mediennutzung der unter 35-Jährigen gemeinsam mit dem Radio längst das größte Gewicht. Fernsehen und Printmedien liegen bei ihnen dagegen im Unterschied zu den älteren Bürgerinnen und Bürgern auf den letzten Plätzen. Auffallend ist, dass bei den Jüngeren die tägliche politische Mediennutzung auch über die für sie bedeutsamen Digitalkanäle keineswegs Alltagsroutine einer Mehrheit darstellt. Offenbleiben muss, inwiefern dies in erster Linie ein

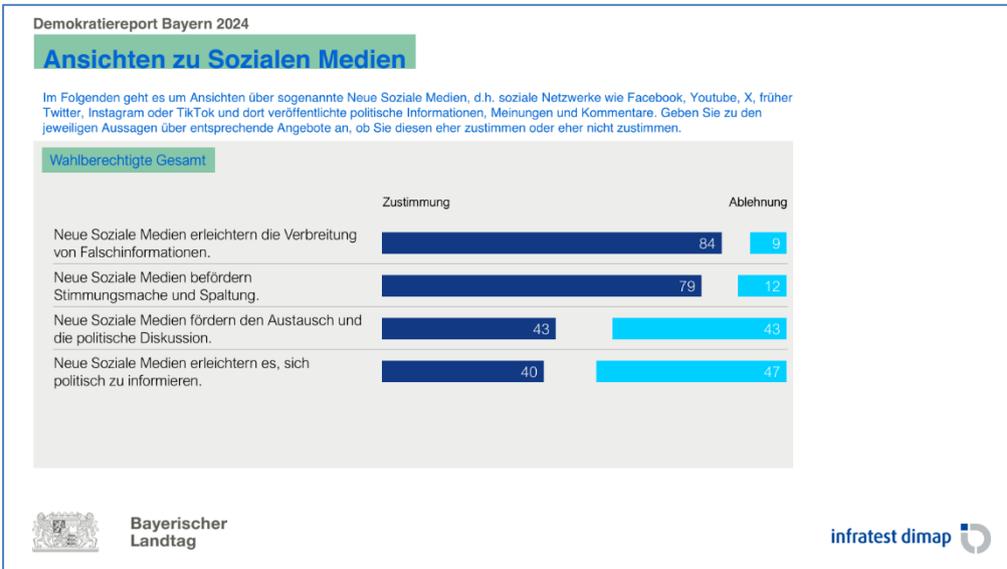
lebenszyklisches Muster eines sich mit dem Alter an Intensität gewinnenden Nutzungsverhaltens abbildet oder - in der Folgewirkung durchaus problematisch - eine generativ abnehmende Intensität politisch motivierter Mediennutzung spiegelt.



Folgen neuer digitaler Medienangebote

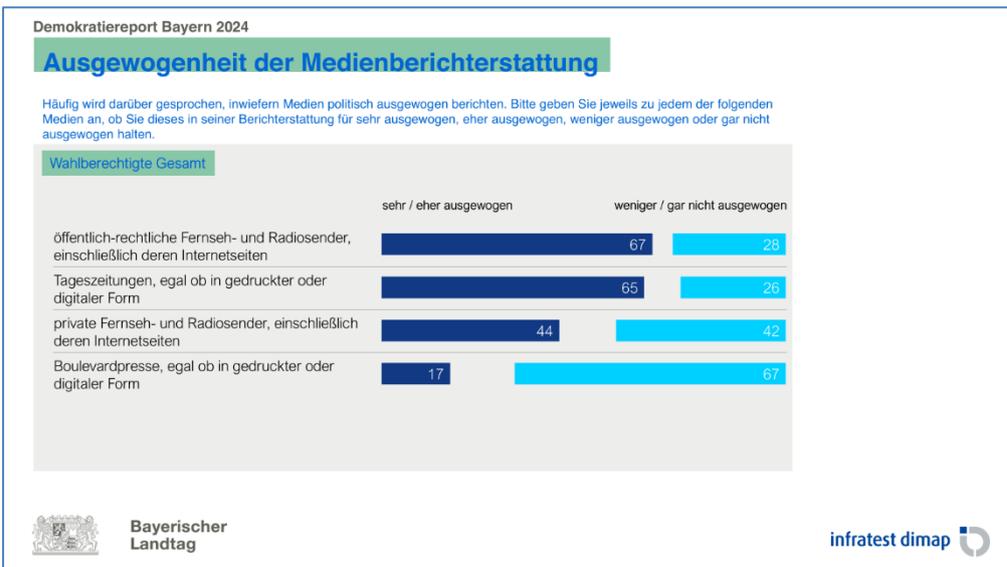
Wie bei vorangegangenen medialen Technologieveränderungen hat auch die Digitalisierung und Etablierung von sozialen Netzwerkplattformen eine öffentliche Debatte über deren Folgen für die politische Kommunikation ausgelöst, die zudem nicht abgeschlossen ist. Einerseits wird eine einfachere Informationsbeschaffung für die Bürgerinnen und Bürger und niedrigschwellige Möglichkeiten zur Vernetzung, zum Austausch und zur politischen Aktivierung positiv hervorgehoben. Andererseits bestehen Sorgen über eine fragmentierte Öffentlichkeit, über eine verstärkte Negativität in der Kommunikation sowie bezüglich des Missbrauchs über die Verbreitung von Falschnachrichten oder Propaganda.

Die Haltung der Bürgerinnen und Bürger zu Social Media-Angeboten ist in Bayern insgesamt stärker negativ denn positiv geprägt. Während etwa acht von zehn im Freistaat Soziale Medien mit der Verbreitung von Falschinformationen (84 Prozent) und der Förderung von Stimmungsmache und Spaltung (79 Prozent) in Verbindung bringen, werden Erleichterungen für die Informationsgewinnung (40 Prozent) und den kommunikativen Austausch (43 Prozent) jeweils nur von halb so vielen anerkannt. Dieses eher negativ geprägte Bild über Social Media scheint bei vielen aber nicht auf Eigen-Erfahrungen oder medialer Selbst-Nutzung zu beruhen. So gelangen Jüngere und damit letztlich die eigentlichen Konsumenten von Social Media-Angeboten in Bayern zu einem ausgewogeneren und stärker nuancierten Gesamturteil. Sie wissen anders als Ältere sowie Wenig- oder Nicht-Nutzer die positiven Aspekte mehrheitlich zu schätzen. Auch sie stellen aber die potenziellen Nachteile nicht infrage.



Sicht auf traditionelle Medienangebote

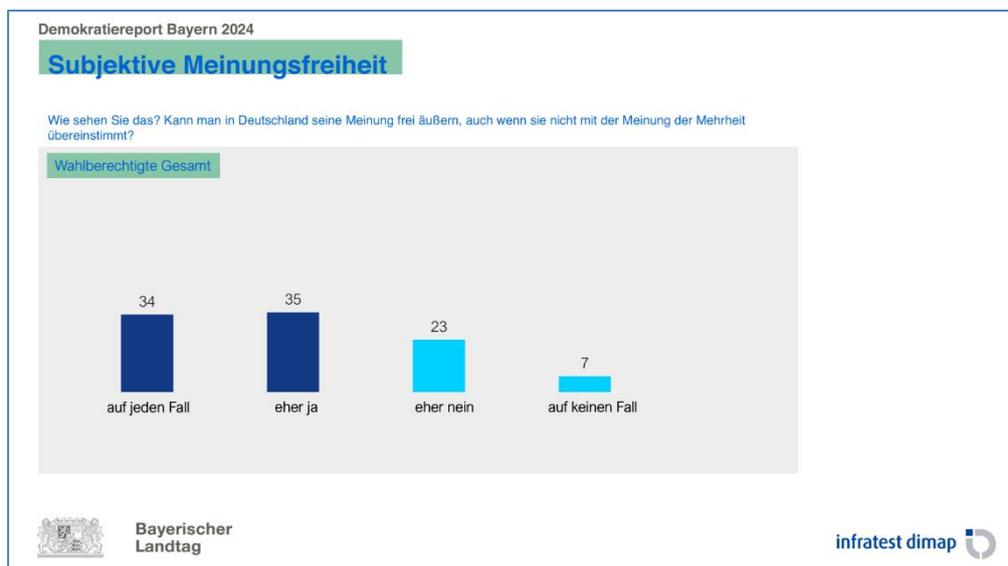
Neben den neuen digitalen Plattformangeboten stehen auch die traditionellen Massenmedien unter verstärkter öffentlicher Beobachtung. Vielfach geht es um Qualitätsfragen, wobei insbesondere mit Blick auf öffentliche Medienangebote und deren Verpflichtung zur Binnenpluralität Aspekte der objektiven und ausgewogenen Berichterstattung im Vordergrund stehen. Für die Mehrheit der Bayern gelten die öffentlich-rechtlichen Angebote trotz aller Kritik, gemeinsam mit denen der Tageszeitungen, in der Medienlandschaft immer noch am ehesten als Quellen tendenziell ausgeglichener politischer Information: Zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger attestieren dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk (67 Prozent), etwa ebenso viele den Tageszeitungen (65 Prozent) eine ausgewogene Berichterstattung. Das Urteil für private Fernseh- und Radioangebote fällt demgegenüber gespalten (44:42 Prozent), das für mediale Boulevard-Angebote deutlich negativ aus (17:67 Prozent).



Wie schon beim Blick auf demokratische Kerninstitutionen offenbart auch die Sicht auf die hiesige Medienlandschaft eine generelle Institutionen-Distanz kritischer Bürger. So verbinden diese von den Boulevardmedien abgesehen mit den klassischen Medien deutlich seltener eine politisch ausgewogene Berichterstattung als die zufriedenen Demokraten. Nur etwa jeder Zweite von ihnen attestiert Tageszeitungen (52 Prozent) und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk (47 Prozent) politisch ausbalancierte Informationen, nur 39 Prozent dem privaten Rundfunk. Diese Skepsis spiegelt sich in Teilen auch in ihrer eigenen politischen Mediennutzung. Radio (47 Prozent) und Fernsehen (42 Prozent) bleiben zwar auch für sie in der täglichen Nutzung relevant, haben aber einen deutlich geringeren Stellenwert als bei den zufriedenen Demokraten. Die Vorstellung, dass sie generell weniger intensiv Medienangebote für politische Informationszwecke nutzen, wäre allerdings falsch: Nachrichtenwebsites, Social Media- und Messenger-Kanäle frequentieren unzufriedene Demokraten ähnlich häufig wie zufriedene Bürger. Zugleich verfügen sie sogar über ein deutlich positiveres Bild von Social Media-Angeboten, was auf geringere Berührungängste und ein größeres Nachfragepotenzial digitaler Kommunikationsräume in der Gruppe kritisch eingestellter Bürger verweist.

Subjektive Meinungsfreiheit und öffentliche Debattenkultur

Ein Kernelement liberaler Demokratien ist die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Vertretung von Positionen, die nicht gesellschaftlichen oder politischen Mehrheiten entsprechen. In Zusammenhang mit dem Hervortreten vermehrt kontroverser Streitthemen z.B. zu Corona, Migration, Klimatransformation oder Gendergerechtigkeit wurde in den letzten Jahren vielfach der Vorwurf erhoben, dass die Möglichkeiten hierfür im Schwinden seien bzw. sogar infrage ständen, weil Sanktionen über Negativ-Urteile, Zurückweisungen oder auch persönliche Angriffe schneller und nachdrücklicher erfolgen würden.



Nur ein Drittel (34 Prozent) der Bayern teilt vollumfänglich das Gegenargument, wonach man seine Meinung frei äußern kann, auch wenn diese nicht der Mehrheitsposition entspricht. Für ein weiteres Drittel (35 Prozent) ist diese Möglichkeit zumindest in der Tendenz nach wie vor gegeben, so dass letztlich eine Mehrheit zu einem positiven Urteil gelangt. Demgegenüber beziehen 30 Prozent der Bayern eine kritischere Position. Sie sehen aktuell wenig (23 Prozent) oder keinen Raum (7 Prozent) für Meinungsäußerungen

jenseits bestehender Mehrheitspositionen. Nicht völlig überraschend, unterscheidet sich auch die Sicht auf den aktuellen Zustand der öffentlichen Debattenkultur und die Meinungsbildung zwischen zufriedenen und kritischen Demokraten in Bayern deutlich. Während für die Zufriedenen die Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung auch für Minderheitsmeinungen mehrheitlich weiterhin gegeben sind (80 Prozent), überwiegt bei den unzufriedenen oder kritischen Demokraten mit 56 Prozent das gegenteilige Urteil.

Fazit

Entgegen vieler öffentlicher Diagnosen über die Krise der Demokratie verweisen die Befunde des Demokratiereports Bayern 2024 auf eine nach wie vor solide Unterstützung für die Demokratie im Bundesland. Im Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern mit der Demokratie im Freistaat bestehen keine bestandsgefährdenden Herausforderungen. Breite Bevölkerungskreise in Bayern wissen nach wie vor das Leben unter demokratischen Rahmenbedingungen zu schätzen wie auch die Demokratie als Idee, Herrschafts- und Ordnungskonzept. Die im Freistaat gelebte Praxis der Demokratie überzeugt die Bürgerinnen und Bürger nicht gleichermaßen, aber eben doch weiterhin eine große Mehrheit von ihnen. Entgegen verschiedenen Krisendiagnosen sehen die Bürgerinnen und Bürger selbst keine unmittelbare Bedrohung für die bayerische Demokratie und ebenso nur wenig Anlass, institutionell vorgesehene Beteiligungspfade zu verlassen: Unkonventionelle Partizipationsformen werden im Freistaat nur von einer Minderheit akzeptiert, politisch motivierte Gewalt ist mehrheitlich geächtet. In Summe finden sich somit eine Reihe von Hinweisen für eine bemerkenswerte Resilienz der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat angesichts der verschiedenen aktuellen politischen Herausforderungen und Negativereignisse.

Dennoch ist das Bild nicht völlig ungetrübt. Sympathien für Gewalt gegenüber Politikern bleiben zwar auf eine kleine Gruppe begrenzt, ihr Ausmaß wirkt trotzdem bedrückend. Speziell die aktuelle Verfasstheit der bundespolitischen Demokratiepraxis ist für einen keineswegs kleinen Teil im Freistaat nicht überzeugend. Sollte sich diese kritische Sicht auf die Demokratie im Bund bei den der bayerischen Wahlberechtigten stabilisieren oder sogar an Bedeutung gewinnen, sind negative Ausstrahleffekte auf die Bewertung der Demokratie als Ganzes, aber auch der Verhältnisse im Freistaat nicht ausgeschlossen. Massive Umbrüche mit ambivalenten Folgen deuten sich für die politische Meinungsbildung an. Zum einen hinterlässt die Wiederkehr kontroverser Themen auf der politischen Agenda Spuren in der Wahrnehmung der Wahlberechtigten. Auch wenn nur für wenige in Bayern die Meinungsfreiheit gefährdet ist, sieht doch nur eine Minderheit vollumfänglich die Möglichkeit, gegen Mehrheitspositionen seine Meinung frei äußern zu können. Zum anderen verändern sich aufgrund technologischer Veränderungen die Voraussetzungen für die Kommunikation zwischen Politik und Bürgern gegenwärtig mit hoher Geschwindigkeit. Klassische Massenmedien verlieren im Generationenwechsel für das politische Informationsverhalten an Bedeutung. Soziale Medien werden bei den jüngeren Wahlberechtigten bestimmend. Dass sie demokratiegefährdende Tendenzen in sich tragen, stellen auch die jüngeren Bürgerinnen und Bürger nicht infrage.

Roberto Heinrich

Berlin im Oktober 2024